

Bundeskongress politische Bildung, Duisburg 19.-21.03.2015

Sektion 9: Politik neu denken?

Input Dr. Armina Omerika, Goethe-Universität Frankfurt

Die sich auf verschiedenen Feldern vollziehenden Prozesse von Internationalisierung und Transnationalisierung samt ihren Konsequenzen für die Lebensgestaltung des Einzelnen lösen Reaktionen aus, die demokratiegefährdend sind: Ressourcenkämpfe werden ethnisch bzw. religiös kodiert, mitunter auch von politischen Akteuren, und entsprechende Abgrenzungs- und Ausgrenzungsmechanismen werden wirksam. Zudem resultieren intensiviertere Kommunikationsverflechtungen durch die neuen Medien unter anderem in weltanschaulichen Einflüssen, die dem demokratischen Selbstverständnis zunehmend Konkurrenz machen. Die Folgen sind verschiedene Formen von Radikalisierungen, die von populistischen Bewegungen und totalitären politischen Vorbildern über den Aufstieg von rechtsnationalen Parteien in den EU-Staaten bis hin zu religiösen Radikalisierungen und geschlossenen und teilweise antidemokratischen Konzeptionen kollektiver Identitäten reichen.

Durch Migrationen und Kriegsflucht ergeben sich außerdem auch in den westlichen Demokratien neue Formen von politischen Bindungen und Loyalitäten. Biographische Erfahrungen und persönliche Hintergründe bewirken auch eine neue Qualität der persönlichen Betroffenheit von außenpolitischen Zusammenhängen für immer größere Teile der Bevölkerung in den westlichen Staaten. Die Sichtbarmachung und Wahrnehmung dieses Wandels und dieser neuen Formen von Heterogenität durch die Politik muss verstärkt werden, so z.B. die Frage nach der Wirksamkeit und Produktivität von etablierten nationalen Kodierungen der politischen Diskurse unter den neuen Bedingungen.

Soziale Ungleichheit und reale bzw. diskursive Ausgrenzungen sind Faktoren, die diese Prozesse stark befördern, doch betreffen sie keineswegs einseitig die sozial schwachen Bevölkerungsschichten: Gerade die europäischen Mittelschichten sind nicht selten Träger und Akteure von gegenwärtig erfolgreichen populistischen und antidemokratischen Bewegungen in den EU-Staaten, und religiöse und politische Radikalisierungen finden mittlerweile unter Jugendlichen aus allen sozialen Milieus statt.

Entsprechend ist bei der Problematisierung von Ungleichheiten die (mangelnde) Teilhabe an der Aushandlung politischer und gesellschaftlicher Werte und Orientierungen genauso zu berücksichtigen wie die Frage nach der sozioökonomischen Fundierung von politischer Ungleichheit. Dazu gehört auch die Problematik des Vertrauensverlustes in die klassische Politik, die Interessen aller Bevölkerungsschichten jenseits des Machtgefälles wahrnehmen zu können bzw. wahrnehmen zu wollen, aber auch der Zweifel an der tatsächlichen Umsetzung von proklamierten demokratischen Werten, etwa in der Außenpolitik, sowie die Wahrnehmung der Politik lediglich als eines Stabilisierungsmechanismus der bestehenden Machtstrukturen. Ohne eine ethisch informierte, transparente und selbstkritische Reflexion der Politik werden sich diese Schieflagen kaum überwinden lassen. Die Konsequenz muss außerdem eine Neudefinition von Zielgruppen und Adressaten der Politik sein: Betroffene müssen sichtbar gemacht und angesprochen werden, nicht nur als Objekte oder Probleme, sondern auch als Begünstigte und Teilhabende an politischen Entscheidungs- und Aushandlungsprozessen.